

## Die Neigung zum Monopol

Unter dem Begriff „Neigung zum Monopol“ seien hier alle Zusammenschlüsse von Unternehmungen verstanden, welche darauf abzielen, Preise festzusetzen, die Produktionsmenge zu regeln oder den Absatz erzeugter Güter nach bestimmten Vereinbarungen vorzunehmen. Seien es Kartelle, Trusts oder Konzerne, ihnen allen ist gemeinsam, den Leistungswettbewerb auszuschalten und den Markt auf Kosten anderer zu beherrschen. Unabhängig von der jeweiligen Form weisen alle genannten Zusammenschlüsse monopolistische Tendenzen auf. Es ist daher angebracht, im Folgenden auch den Begriff Kartell unter der Neigung oder Tendenz zum Monopol zu verstehen.

### *Wegbereiter des Sozialismus?*

In einer Arbeit „Kartelle und Arbeiterbewegung“ untersuchte *Karl Kühne*<sup>1)</sup> den Wandel der Auffassungen über das Kartellproblem. *Marx* und *Engels* glauben, Kartelle und Trusts brächten ein „gesellschaftliches“ Element in den kapitalistischen Produktionsprozeß. In den Trusts kapitulierte die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Das Monopol stelle als Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise einen Widerspruch in sich selbst dar und fordere die Staatseinmischung heraus. So ist der Glaube entstanden, aus den monopolistischen Kartellen und Trusts erwachse über die Vergesellschaftung der Produktion der Sozialismus. Dieser Auffassung ist die tatsächliche Entwicklung bisher nicht gerecht geworden. In Rußland ist ja kein hochindustrialisierter Wirtschaftskörper, sondern ein Feudalsystem umgewandelt worden. *Karl Kühne* weist sehr klar die Fehlkonzeption nach, die in der Hoffnung lag, die Kartelle würden in sich die Möglichkeit bergen, eine „Branchendemokratie“ zu errichten. Die monopolistischen Gebilde stellten in Wirklichkeit nur Werkzeuge für die in ihnen dominierenden Großunternehmungen dar. Eine demokratische Umformung der Wirtschaft sei nicht erfolgt, weil der Staat Objekt jener beherrschenden Zusammenschlüsse geworden sei.

### *Monopolistische Tendenzen nur bei Großbetrieben?*

Zu der Zeit, als die Theoretiker des 19. Jahrhunderts lebten, war die Umwandlung der hauswirtschaftlichen und überwiegend handwerklichen Erzeugung in die industrielle Produktion im Gange. Im Brennpunkt des Interesses mußten die neuen Industriebetriebe stehen, in denen nun so viele Menschen zusammengepfercht Lohnarbeit verrichteten. Diese Konzentration der Betrachtung ließ andere Wirtschaftszweige, wie etwa den Einzelhandel, den Verkehr oder die Landwirtschaft, mehr in den Hintergrund treten. Die in diesen Branchen vorhandenen vielen Einzelbetriebe waren voneinander isoliert. Es gab keine Automobile und Flugzeuge, um Personen schnell zu befördern; es gab keinen Rundfunk, keine drahtlose Telegraphie und kein das ganze Land überziehendes Fernsprechnetzen zum schnellen Austausch von Nachrichten. Diese modernen Mittel der Personenbeförderung und Nachrichtenübermittlung sind die Voraussetzung, straff geleitete Wirtschaftsverbände zu bilden, welche auch so in die Lage versetzt werden, monopolistische Funktionen auszuüben. Unter modernen Verhältnissen werden individuelle Bemühungen und Mittel zur Erreichung kollektiver Ziele koordiniert. Es besteht daher kein prinzipieller Unterschied, ob fünf Stahlindustrielle über fünf Großbetriebe Absprachen treffen oder ob fünf Funktionäre des Bauernverbandes Entsprechendes für Hunderttausende landwirtschaftlicher Betriebe tun.

Dieser Tatbestand erfordert eine Erweiterung der für die heutige Zeit zu engen Auffassung etwa *Bruno Schönlacks*: „Die Kartelle sind eben großindustrielle Unternehmer-

1) *Gewerkschaftliche Monatshefte*,“ September 1954, S. 522 ff.

verbände, begründet auf die beschleunigte Aufsaugung des Kleinkapitals<sup>2)</sup>.“ Vielmehr wehrt sich heute das Kleinkapital über seine Interessenverbände mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln gegen die Aufsaugung. Betrachtet man das Vorgehen von Legislative und Exekutive, so ist das Kleinkapital zweifellos nicht erfolglos gewesen. Der Staat ist also nicht Objekt ausschließlich des Oligopolkapitals. Wenn der Einzelhandel über die Gesetzgebung eine Ausweitung der Kaufhäuser verhindert oder wenn mittels Subventionen, Preisstützungen, Zöllen sowie Steuervergünstigungen landwirtschaftliche Kleinbetriebe am Leben erhalten werden, so ist das nur Ausdruck des erfolgreichen Vorgehens, der entsprechenden Interessenverbände.

Die vielen einzelnen Berufsangehörigen, die — auf sich allein gestellt — keine Durchschlagskraft besäßen, schließen sich eben zusammen und werden durch Verbände kollektiv vertreten. Deren augenscheinliche Erfolge werden erzielt, *obwohl* die Großindustrie über die Inserate den Großteil der Tagespresse beherrscht. Dieses Phänomen des Erfolges von Zusammenschlüssen vieler einzelner, die für sich kapitalschwach sind, ist nur über die Existenz der parlamentarischen Demokratie erklärbar. Die Zusammensetzung des Parlaments und damit der Regierung würde nämlich über politische Wahlen geändert, wenn etwa der Staat Objekt ausschließlich der Großindustrie wäre und infolgedessen beispielsweise Forderungen der kleinen Betriebe, des Handels und der Landwirtschaft stets unbeachtet blieben. Gewiß, es gibt auch vertikale Zusammenschlüsse. Sie dürften aber den Ausgang politischer Wahlen nicht durchweg entscheidend bestimmen. Potentiell bietet eben die parlamentarische Demokratie einen besseren Schutz gegen monopolistische Ausbeutung als etwa die Diktatur.

Ähnliche Gegenkräfte dürften bisher auch in den USA wirksam gewesen sein, denn trotz der dort beobachtbaren Konzentrationsbewegungen — in den USA stellten die Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten 1945 etwas mehr, 1951 etwas weniger als 1 vH aller Betriebe dar — ist der Prozentanteil der in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten von 66 vH auf 60 vH aller Arbeiter gesunken<sup>3)</sup>. Dieser Vorrang dürfte aber unter anderem<sup>4)</sup> auch die Tatsache ausdrücken, daß die technische Entwicklung für bestimmte Produktionsarten auch eine Verschiebung der optimalen Betriebsgröße ermöglicht hat.

Natürlich verschafft das Vorgehen der Großbetriebe auch den in ihnen beschäftigten Arbeitnehmern einen gewissen relativen Vorteil. Wird zum Beispiel für Rheinland-Pfalz das Gehalt bzw. der Lohn, die sich im Durchschnitt aller in der gewerblichen Wirtschaft erfaßten Beschäftigten für Betriebe mit zwei bis neun Beschäftigten ergeben, gleich 100 gesetzt, so erhalten wir auf Grund von Unterlagen des Statistischen Landesamtes folgende Arbeitseinkommen:

In Betrieben mit	Gehalt für		Lohn für	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
2 — 9 Beschäftigten	100	100	100	100
10 — 99 „	118	112	107	112
100 — 999 „	149	139	117	129
1000 und mehr „	189	168	134	139

In Großbetrieben haben männliche Angestellte fast 90 vH mehr Arbeitseinkommen als in Kleinstbetrieben. Bei weiblichen Angestellten beträgt der entsprechende Wert

2) Zitiert bei Karl Kühne, a.a.O., S. 523

3) Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 15. 9. 1954 (lt. Zeitschrift des Handelsministeriums, Survey of Current Business).

4) Zweifellos spielen hier auch Entwicklungen der Kapitalintensität und Produktivität eine Rolle. Ferner die unterschiedliche Größe der Wertschöpfung in Abhängigkeit von der Betriebsgröße. In ausgewählten Hauptindustriegruppen der USA betrug die Wertschöpfung (value added) in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten etwa 76 vH der erfaßten Gesamtwertschöpfung. (Errechnet aus Statistical Abstract of the United States 1950, S. 756.)

+ 68 vH. Auch Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten in Großbetrieben einen höheren Lohn (+34 vH bzw. 39 vH). Der Unterschied dürfte sich noch vergrößern, wenn besondere Zuwendungen in die Berechnung einbezogen würden.

*Die Neigung zum Monopol in Abhängigkeit von den Elastizitäten des Angebots und der Nachfrage*

Die Auffassung, allein die relative Verminderung der Zahl der Unternehmen bilde die Voraussetzung für das Kartell<sup>5)</sup>, ist heute nicht mehr haltbar. Jene Auffassung geht, wie weitverbreitete Lehren von den Marktformen, davon aus, daß zur Durchsetzung monopolistischer Tendenzen *wenige* Anbieter vorhanden sein *müssen*. So meinte man früher, beispielsweise der Landwirtschaft monopolistische Tendenzen absprechen zu können, weil hier viele Anbieter und viele Nachfrager vorhanden seien. Dem ist aber nicht so, wie Prof. Zimmerman<sup>6)</sup> gezeigt hat. Vielmehr nimmt die Tendenz zum Monopol — unabhängig von der Zahl der Anbieter und unabhängig von der Zahl der Nachfrager — zu, wenn die *Angebotselastizität* groß und wenn die *Elastizität der Nachfrage* klein ist. Bei Überkapazitäten der Produktionsmittel (große Angebotselastizität) und gleichzeitiger relativ starrer Nachfrage (kleine Nachfrageelastizität) ist eine Neigung zum Monopol leichter zu befriedigen, und sie tritt hier in der Tat verstärkt auf.

Wenn die *Elastizität der Nachfrage* hoch ist, erhöht eine kleine Preissenkung den Gesamterlös, während eine solche Preissenkung bei einer niedrigeren Preiselastizität den Gesamterlös sinken läßt. Deshalb ist es für die Unternehmer vorteilhaft, Zusammenschlüsse zu bilden, wenn die Elastizität der Nachfrage klein ist. Ist aber die Elastizität der Nachfrage groß, dann können bei Preissenkungen die Gesamterlöse steigen, weil neue Käuferschichten als Nachfrager auftreten. Unter solchen Bedingungen haben die Unternehmer sich vor der Konkurrenz nicht viel zu fürchten, und hier sind auch die Möglichkeiten, die Konkurrenz zu beseitigen, am geringsten. Die Größe der Neigung zum Monopol ist somit von der Größe der jeweiligen Preiselastizität der Nachfrage abhängig.

Unter monopolistischen Bedingungen ist der Preis höher als die Grenzkosten, d. h. die Gewinne können größer sein als unter Konkurrenzbedingungen, wo Preis und Grenzkosten einander decken. Deshalb haben die Unternehmer nur so viel Konkurrenz, wie sie auf keine Weise ausschalten können. Wenn dem so ist, erhebt sich die Frage, welche Marktform werden die Unternehmer wählen, um die Gewinne zu maximieren?

Wenn es für bestimmte Erzeugnisse nur sehr wenige Substitutionsmöglichkeiten gibt, ist für die Produzenten natürlich die Möglichkeit groß, eine monopolistische Marktpolitik zu treiben. In solchen Fällen können die Kunden beim Heraufsetzen der Preise kaum oder nur sehr schwer abwandern. Für Schwefelsäure oder Fensterglas zum Beispiel gibt es kaum Substitutionsgüter. Hier besteht bequem die Möglichkeit, zu einem Monopol zu kommen, und sie wird auch ausgenutzt. Haben die Konsumenten aber viele Ausweichmöglichkeiten, dann wird den Unternehmern der *horizontale* Zusammenschluß zum Zwecke der Preiserhöhung nicht viel einbringen. Die Versuche, den Markt zu beherrschen, werden dann vielfach auf die *vertikale* Ebene übergehen. So wird man beispielsweise beim Ausweichen vieler Butterverbraucher auf Margarine versuchen, Einfluß auf die Margarineindustrie zu gewinnen. Dieses Übergehen zu vertikalen Zusammenschlüssen ist in der erwähnten Arbeit Prof. Zimmermans nicht berücksichtigt. Die Aussagefähigkeit seiner Theorie dürfte davon aber unberührt bleiben. Der Markt wird aber um so leichter zu beherrschen sein, je mehr Substitutionsgüter eine Unternehmergruppe kontrolliert. Zusammenfassend sei festgestellt, daß bei sinkender Nachfrageelastizität bei den Produzenten die Tendenz, Monopole zu bilden, zunimmt.

5) Karl Kühne, a.a.O., S. 524.

6) Dr. L. J. Zimmerman, Versuch einer Theorie der Dynamik der Marktformen, Sonderschrift des IFO-Institutes für Wirtschaftsforschung München 1951, Nr. 11.

Von großer Bedeutung ist ferner die Größe der *Elastizität des Angebots*, die ausdrückt, welche relative Mengenänderung des Angebots auf eine relative Preisänderung folgt. Sieht man von der Zeit ab und nimmt einen Zustand der Vollbeschäftigung an, dann kann trotz Nachfrageerhöhungen nicht mehr produziert werden als bisher, die Preise steigen und die Angebotselastizität ist gleich Null. In einem Zustand der Unterbeschäftigung — der ja leider der wirtschaftsgeschichtlichen Realität besser entspricht — sind dagegen unausgenutzte Kapazitäten vorhanden. Je größer solche Überkapazitäten sind, desto schneller wird das Angebot auf Preisänderungen reagieren. Hier ist die Elastizität des Angebots groß und groß ist die Neigung zum Monopol. Dieser Sachverhalt wird sehr anschaulich dargestellt durch die derzeitige Lage der deutschen Mühlenindustrie und deren Kartellbegehren. Überkapazität und relativ starre Nachfrage, d. h. große Angebotselastizität bei kleiner Nachfrageelastizität, drängen zu monopolähnlichen Zusammenschlüssen. Mögen diese nun aus vielen Betrieben, wie etwa beim deutschen Seifenkartell, oder aus wenigen Betrieben, wie etwa bei der amerikanischen Automobilindustrie, bestehen, der Effekt ist immer derselbe: Technisch an sich möglicher Überfluß soll verhindert und Knappheit soll aufrechterhalten werden.

Eine Depression begünstigt daher beispielsweise das Zustandekommen von Kartellen, wobei oft Betriebe stillgelegt oder demontiert werden. Wenn nachher die Produktionskapazität etwa wieder der kaufkräftigen Nachfrage entspricht und man außerdem in eine Hochkonjunktur kommt (in den Jahren 1945 bis 1948 hörte man nichts von Kartellbestrebungen der westdeutschen Mühlenindustrie!), dann fällt das Kartell häufig wieder auseinander. „Eines der sichersten Monopole ist das Monopol der Unrentabilität“ (*Vogelstein*).

Die Ausführungen, die durch viele der Wirklichkeit zu entnehmende Beispiele ergänzt und verifiziert werden könnten, ergeben, daß die Größe der Neigung zum Monopol bei kurz- und mittelfristiger Betrachtung nicht in einer gradlinig aufsteigenden Kurve verläuft. Die Neigung zum Monopol steigt nicht wie auf einer Leiter in den Weltenraum, um gradlinig in ein gesamtwirtschaftliches Monopol zu münden. Vielmehr schwankt die Größe der Neigung zum Monopol wesentlich mit den Wellen der Konjunktur. Deshalb besteht das wirksamste Mittel gegen das Wachsen der Neigung zum Monopol in der Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit, d. h. in einer Beseitigung der Konjunkturwellen. Eine stetig wachsende und vollbeschäftigte Wirtschaft ist daher ein sichererer Schutzwall gegen Monopole als das juristisch vollkommenste Antikartellgesetz. Es gibt eben ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die sich in der Praxis viel wirksamer durchsetzen als juristische Gesetze.

Als Handwerkszeug für ein Vorgehen gegen monopolistisches Verhalten ist die Kenntnis der Preiselastizitäten des Angebots und der Nachfrage von großer Bedeutung. Daß es gerade an Berechnungen von Angebotselastizitäten mangelt, spiegelt die Geheimniskrämerei wider, welche die Betriebe im allgemeinen mit Meisterschaft anwenden.

Will man monopolistisch vorgehende Gebilde wirksam bekämpfen, so sollte man sich nicht auf erhoffte Auswirkungen juristischer Gesetze verlassen. Die Erfahrungen mit der Antitrustgesetzgebung bieten dafür eine ausreichende Lehre. Wirksamer als juristische Gesetze ist die Schaffung gleichwertiger und unabhängig erzeugter Substitutionsgüter und wo das nicht möglich ist, Kontrollen durch Stellen, die nicht zu den unmittelbaren Interessenten zählen. Der Leistungswettbewerb kann auch durch die Aufnahme der Fertigung durch öffentliche Betriebe erzwungen werden. Unverbesserliches monopolistisches Vorgehen Privater fordert schließlich die Sozialisierung heraus.